

Die Reichen müssen zahlen!

Die Lehren aus Corona müssen sein:

- **Arbeitslosengeld, Notstands- und Sozialhilfe dauerhaft erhöhen**
- **Gesundheits- und Sozialsystem ausbauen statt kürzen**
- **Keine Abwälzung der Wirtschaftskrise auf die breite Masse der Bevölkerung**
- **Millionärssteuer**
- **Echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**



Unfassbar: In Österreich gehört rund 300 Superreichen über ein Drittel des Finanzvermögens, rund 50.000 Personen haben 55 Prozent. Was die Millionäre angehäuft haben, wurde zuvor über Jahrzehnte von Millionen von arbeitenden Menschen erwirtschaftet und wurde ihnen durch niedrige Löhne, Gehälter und Pensionen vorenthalten! Darüber hinaus stammen 80 bis 85 Prozent des Steueraufkommens des Staates von den arbeitenden Menschen.

Gleichzeitig sind derzeit rund 1 Millionen Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit! 560.000 in Arbeitslosigkeit, 460.000 in Kurzarbeit aber nur 50.000 offene Stellen!

Rettung? Jetzt werden 50 Milliarden Euro vom Staat, also aus unser aller Steuergelder, in die Unternehmen gepumpt. Zur „Rettung aus der Coronakrise“ wie es heißt. Doch diese „Rettung“ hilft nur die Profite der v.a. großen Unternehmen abzusichern. Wie schon bei der Finanzkrise 2008: damals wurden die Bankschulden als Folge der Spekulationsverluste zur Bankenrettung in Staatsschulden umgewandelt. Das führte zur Abwälzung auf die Bevölkerung, zu steigender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau (z.B. 12-Stunden-Tag).

Die großen Konzerne und Firmen nutzen jetzt die „Coronakrise“, um sich mit Hilfe des Staates – also mit unser aller Steuergeld – noch mehr zu bereichern. Während Unternehmer bis zu 80 % Umsatzeratz erhalten, bekommen Arbeitslose bloß 55 %. Warum ist das? Weil Staat und Wirtschaft nicht für uns da sind, sondern für die großen Unternehmen und die Vermögenden.

ÖGB und AK fordern berechtigt, dass das Millionärsvermögen in Österreich einen „ganz, ganz großen Beitrag“ leisten müsse, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer **Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch Umwelt entlastet und Klima geschützt werden kann**. Durch die Corona-Ausnahmegesetze dürfe auch kein demokratiepolitischer Schaden zurückbleiben, dürfen Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration nicht unter die Räder kommen.

Wann soll das eingefordert werden? In der Zeit nach der Krise, ist vom ÖGB-Präsidenten Katzian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt braucht die Unternehmenseite den Staat, die „Held*innen von Corona“, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern. Daher: **JETZT** müssen ÖGB (1,2 Millionen Mitglieder) und AK (3,7 Millionen Mitglieder), gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Lehrlingen

und Lehrstellensuchenden, den Arbeitslosen, Student*innen und künftig Arbeit suchenden Menschen, den Schüler*innen, gemeinsam mit den Pensionist*innen Druck aufgebaut und sichtbar und hörbar demonstriert werden.

Aktiv handeln, nicht nur mit Regierung und Industrie verhandeln. Nur dann kann der weiteren Spaltung in der Gesellschaft entgegengetreten werden und können die autoritären Tendenzen in Regierung und die zunehmende Willkür der Unternehmer (siehe z.B. die Pläne zum Zusperrern und Verlagerung ins Ausland wie etwa bei ATB-Spielberg schon geschehen oder bei MAN-Steyr geplant), Kurzarbeitsmissbrauch durch Firmen, Kündigungen „im Namen von Corona“ usw.) zurückgedrängt und unterbunden werden.

Es muss Druck von unten gemacht werden, für Millionärssteuern und massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für volle soziale Absicherung mit genug Einkommen zum Leben auch bei dauerhafter Arbeitslosigkeit, die die Menschen ja nicht verursacht haben.

Keine faulen Kompromisse zwischen Unternehmenseite und AK- und Gewerkschaftsspitzen, um zwar die Profite der Unternehmer, aber nicht die Existenzgrundlagen und eine lebenswerte Zukunft für die arbeitenden Menschen zu sichern.

Es ist genug für alle da, es ist nur ungerecht, also völlig ungleich verteilt!

Die Wirtschaft könnte sofort dem Gemeinwohl dienen, wenn sie nicht dem Profitstreben untergeordnet werden würde! Nur das dient Mensch und Natur. So ein Klimawandel muss her!

Dafür muss mobilisiert und im Betrieb und auf der Straße gemeinsam und solidarisch eingetreten werden.

Wir brauchen und wollen:

- **keinen „starken Mann“, keinen autoritären Staat!**
- **Millionärssteuern, Vermögens- und Wertschöpfungsbesteuerung!**
- **keine Kündigungen und Betriebsschließungen!**
- **echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Arbeitslosengeld und Notstands- und Sozialhilfe dauerhaft erhöhen!**

Wir brauchen und wollen einen kräftigen, solidarischen Sozialstaat!

**Solidarität ist unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**



Mittwoch, 17. März 2021, 19.00 Uhr

Einladung zur Online-Diskussion

Ist die Pandemie die Krise? Wen schützt Corona? Wem nützt Corona?
Testen wir unser politisches Verständnis, holen wir uns politischen Impfstoff.

Anmeldung für Interessierte bis 15. 3. 2021 unter: oesolkom@gmx.at

Wir schicken dann den Teilnahmelink zu.

Österreichisches Solidaritätskomitee / Plattform proSV, Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at * <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com